

Homophobie und antihomosexuelle Gewalt rühren an die Grundfesten unserer Demokratie. Der LSVD fordert einen Bundesweiten Aktionsplan gegen Homophobie.

Antihomosexuelle Gewalt ist in den letzten Jahren offenbar nicht weniger geworden. Homophobie äußert sich in vielen Facetten: in Sachbeschädigungen, Beleidigungen, Anpöbeleien und Bedrohungen bis hin zu schweren Körperverletzungsdelikten und selbst Mord. In den letzten Monaten häufen sich in den Medien Berichte über antihomosexuelle Gewalttaten. Das hat vielerorts zu einer erheblichen Beunruhigung und Verunsicherung unter Schwulen, Lesben und Transgendern geführt. Die wiederholten Beschädigungen des Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen deuten auf einen fortbestehenden Bodensatz von antihomosexueller Gewaltbereitschaft hin.

Die Opfer antihomosexueller Gewalt beschreiben die Täter überwiegend als jung und männlich. Häufig treten sie in Gruppen auf. In den Metropolen, die einen hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund haben, wird berichtet, dass viele Täter nichtdeutscher Abstammung sind. In anderen Teilen Deutschland sind die Täter hingegen überwiegend junge Männer deutscher Abstammung. Öfter deuten Äußerungen oder ein bestimmtes Outfit auch auf eine rechtsradikale Motivation hin.

In der Polizeilichen Kriminalstatistik werden antihomosexuelle Gewalttaten nicht als solche ausgewiesen. Gewalttaten mit einem eindeutigen homophoben Hintergrund werden oft nicht als das behandelt, was sie sind: Eine politische Gewalttat und damit ein Betätigungsfeld für den Staatsschutz. Die Fortbildung der Polizeibediensteten über Homosexualität und Antihomosexualität steckt vielerorts noch in den Kinderschuhen oder sie findet schlicht gar nicht erst statt.

Noch immer werden viele Übergriffe nicht angezeigt. Auch den Anti-Gewalt-Projekten und Überfalltelefonen der Community wird nur ein geringer Anteil der Gewalttaten gemeldet. Das Schweigen der Opfer trägt dazu bei, dass Täter häufig unentdeckt und deren Motivation im Dunklen bleiben.

Vierorts gibt es bereits Ansprechpartner bei der Polizei für Schwule und Lesben. Zu deren Aufgaben gehört auch die Erfassung antihomosexueller Gewalt. Doch nur in Berlin gibt es hauptamtliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Die meisten Überfalltelefone klagen über Unterfinanzierung. Häufig gibt es sie nur dank des ehrenamtlichen Engagements ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Antihomosexuelle Gewalt ist kein Kavaliärsdelikt sondern rührt an die Grundfesten unserer Demokratie. Das Schweigen großer Teile unserer Gesellschaft zu antihomosexuellen Hassverbrechen ist skandalös. Der „Nationale Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ spart den Bereich Homophobie aus. Wir brauchen auch einen wirksamen Bundesweiten Aktionsplan gegen Homophobie. Es ist längst überfällig, alle Ausprägungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konzertiert anzugehen, anstatt eine Form auszugrenzen.

[beschlossen auf dem 21. LSVD Verbandstag am 05.04.2009 in Berlin]